

Axel Drecoll

Die Person
Axel Drecoll wurde 1974 in Erlangen geboren, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Geschichte Südosteuropas und Politische Wissenschaften. Er gehört zu den am Münchner Institut für Zeitgeschichte tätigen Wissenschaftlern, lehrte an der Universität München und hat eine Vielzahl von Publikationen vorzuweisen.

Weiterer Werdegang
Mit der Einrichtung der „Dokumentation Obersalzberg“ erwarb er sich große Anerkennung. Sie ist ein Lern- und Erinnerungsort zur NS-Zeit am historischen Ort des Führersperrgebiets Obersalzberg in Berchtesgaden. Sie verbindet die Ortsgeschichte mit der gesamten Geschichte des Nationalsozialismus.

Aktueller Arbeitsplatz
Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Oranienburg. Ihr Zweck sind die Aufarbeitung von Terror, Krieg und Gewaltherrschaft sowie die Unterhaltung von Gedenkstätten von nationaler und internationaler Bedeutung im Land Brandenburg.



Gedenkstättenleiter Axel Drecoll vor dem Eingangstor des Lagers Sachsenhausen mit der Inschrift „Arbeit macht frei“

Von **Thomas Winkler** (Gespräch) und **Karsten Thielker** (Foto)

Axel Drecolls schmuckloses Büro liegt im sogenannten T-Gebäude. Hier, in Oranienburg, saß von 1938 bis 1945 die „Inspektion der Konzentrationslager“, von hier aus wurde das gesamte KZ-System mit seinen Massenverbrechen bürokratisch gesteuert. Heute findet hier die Aufarbeitung dieser Vergangenheit statt: Drecoll leitet seit Juni 2018 die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und damit auch die Gedenkstätte Sachsenhausen. Der Eingang des ehemaligen Lagers liegt wenige Hundert Meter entfernt.

taz am Wochenende: Herr Drecoll, Sie waren nur wenige Wochen im Amt, da mussten Sie negative Schlagzeilen lesen. Die Führung einer AfD-Besuchergruppe aus dem Wahlkreis der Fraktionschefin Alice Weidel musste abbrochen werden.

Axel Drecoll: Das war eine Gruppe mit ungefähr 20 Teilnehmern, und fünf oder sechs davon haben dem Guide nicht nur kritische Fragen gestellt, sondern auch Zahlen und die Art der Verbrechen, also Fakten infrage gestellt.

Weidel selbst war nicht dabei.

Nein, aber diese Leute waren offensichtlich rhetorisch geschult, und ihre Argumentation war typisch für Revisionisten. Da wurden etwa Verbrechen mit angeblichen Verbrechen der Alliierten gleichgestellt, und schließlich wurde auch die Kompetenz des Guides infrage gestellt, der die Führung dann nach ungefähr einer Stunde abbrach. Daran sieht man schon, dass er noch lange versucht hat, die Argumente zu entkräften, bis es dann nicht mehr ging. Und das geht eben auch nicht, da ist eindeutig eine Grenze überschritten: Den

Holocaust zu leugnen, das ist immer zu verurteilen. Aber ihn auf dem Boden eines ehemaligen Konzentrationslagers zu relativieren, das hat noch einmal eine besondere Qualität.

Kurz darauf wurden Sie damit konfrontiert, dass Ihr Wachschutz Mitarbeiter eines Subunternehmers ausgeliehen hatte, der wiederum ein bekannter Rechtsextremist ist.

Ja, es gab da eine zeitliche Nähe, deshalb gab es eine große Aufmerksamkeit. Aber auch das ist ein Einzelfall. Wir führen etwa 10.000 pädagogische Programmpunkte aller Art im Jahr durch, angesichts dessen sind zwei Vorfälle natürlich nicht wirklich viel. Trotzdem reagieren wir darauf: Wir suchen unsere Guides, wie sie mit rechtsextremen Argumentationsmustern, mit geschulten Revisionisten umgehen können. Aber das haben wir auch schon immer gemacht. Genauso wie wir schon immer in unseren Verträgen mit Wachschutzunternehmen einen Passus haben, der so etwas eigentlich unmöglich machen sollte.

Sie waren, als das alles passierte, erst sehr kurz im Amt. Was haben Sie gedacht?

Erfreut war ich nicht. Aber ich war vor allem überrascht. Und schockiert, dass das möglich ist.

Heute wieder möglich ist ...?

Ja. Ich war sprachlos. Es war ein gravierender Fall, aber es ist bis zum heutigen Tag zum Glück ein Einzelfall geblieben. Aber ich beobachte das natürlich mit Sorge. Wenn sich die politische Stimmungslage und die politische Sprache weiter so wandelt, wie wir es gerade beobachten, dann ist selbstverständlich zu befürchten, dass sich das auch auf die Gedenkstätten auswirkt. Und das ist auch der Grund, warum wir als Stiftung uns da sehr deutlich äußern und

positionieren. Zum Glück schlägt sich das in der alltäglichen Arbeit bislang – abgesehen von diesem einen Vorfall – nicht nieder. Aber wir müssen aufpassen, dass das so bleibt. Dass wir die Interpretationshoheit, die ja eine kritisch-reflektierende ist, auch behalten. Alles andere wäre fahrlässig.

Im Frühling sind Kommunalwahlen, danach wird die AfD höchstwahrscheinlich in der Stadtverordnetenversammlung von Oranienburg sitzen, und im Herbst sind Landtagswahlen in Brandenburg, aktuell steht die AfD bei mehr als 20 Prozent. Macht Ihnen das Angst?

Das erfüllt mich mit großer Sorge, auch als Bürger dieses Landes. Was die Gremienarbeit angeht, wäre es erst bedenklich, wenn die AfD in Brandenburg regieren würde und das Kultusministerium von der AfD übernommen würde. Denn dann wäre unser Stiftungsratsvorsitzender ein Mitglied dieser Partei. Das ist die eine Seite. Die andere wäre: Wir kooperieren mit Stadt und Land auf vielen Ebenen, deshalb ist die Zusammensetzung von Parlamenten für uns wichtig – und das könnte bald ein Problem für uns darstellen.

Hätten Sie diese neue Aufgabe lieber in unproblematischeren Zeiten übernommen?

Nein. Natürlich habe ich mir darüber Gedanken gemacht, denn das ist nicht angenehm, sich mit dieser Bewegung und deren Vertreterinnen und Vertretern auseinanderzusetzen und beschäftigen zu müssen. Aber gerade dass populistische Bewegungen sich auf die Erinnerungskultur draufsetzen wollen, gerade dass sie die Vergangenheit umdeuten wollen, das zeigt, wie wichtig unsere Arbeit ist. Das Konzentrationslager Sachsenhausen und all die anderen Erinnerungsorte in dieser Republik sind erinnerungspolitische Aus-

rufezeichen. Hier ist es passiert! Das bildet den Sockel der Erinnerungskultur. Und das ist eine wichtige Arbeit, die gemacht werden muss – vielleicht heute so wichtig wie nie zuvor. Ich und alle Kolleginnen und Kollegen haben eine Verantwortung zu tragen, da geht es nicht um persönliche Befindlichkeiten.

Andererseits haben Sie es kategorisch abgelehnt, sich mit AfD-Politikern wie Alexander Gauland auf ein Podium zu setzen. Warum?

Ja, wir wollen nicht nur in die Diskussion eintreten, wir müssen es sogar. Wir stellen uns in unserer täglichen Arbeit allen möglichen kritischen Nachfragen, wir setzen uns hier ständig kritisch mit diesem Ort und seiner Vergangenheit auseinander. Aber die Grenze ist überschritten, wenn scheinbar kritische Nachfragen nur ein Deckmantelchen ist für eine Relativierung oder sogar Leugnung der Verbrechen. Mit überzeugten Geschichtsrevisionisten in eine Diskussion zu treten hat meiner Meinung nach keinen Sinn, weil ich deren Geschichtsbild mit einer Diskussion nicht verändern kann. Das ist nicht fruchtbar, gegen abgeschlossene Weltbilder zu argumentieren. Das ist meine Erfahrung.

Können die Gedenkstätten denn über ihre klassische Arbeit hinaus noch mehr dazu beitragen, das Erstarken des Rechtspopulismus einzudämmen?

Unser Einfluss ist da, fürchte ich, begrenzt. Ein Bewusstsein, dass ein kritisch-reflektierter Umgang mit der Geschichte wichtig ist, das muss in den Schulen entstehen, an den Arbeitsplätzen und natürlich in den Familien. Die Gedenkstätten sind sicherlich nicht das erste Mittel der Wahl, um Einstellungen in der Bevölkerung zu verändern. Aber man darf das auch nicht kleinreden: Dass wir überhaupt vorhanden

sind, dass wir mit Schulen kooperieren und Veranstaltungen anbieten, das hat eine Reichweite. Und was man sicher machen sollte, ist noch mehr rauszugehen aus den Gedenkstätten und mit lokalen Initiativen vor Ort zusammenzuarbeiten. So wie das die Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel in Halbe gemacht haben, wo wir mit Beratung und unserem Netzwerk mitgeholfen haben, dass der Waldfriedhof seit einigen Jahren kein Aufmarschort von Rechtsradikalen mehr ist.

Bevor Sie nach Oranienburg kamen, waren Sie Leiter des Lern- und Erinnerungsorts „Dokumentation Obersalzberg“. Sind Sie von einem Täter- zu einem Opferort gewechselt, kann man das so sagen?

Eigentlich ist das schwer zu sagen, weil es im Nationalsozialismus kaum Orte gab, die nicht gleichzeitig Täterorte und Tatorte waren – oder umgekehrt kaum Tatorte, die nicht auch Täterorte waren. Das eine bedingt das andere. Aber tatsächlich ist das in meinem Fall etwas anders, weil es am Obersalzberg zwar beim Bau des Bunkersystems auch Zwangsarbeit gab, aber das war schon ein paradigmatischer Täterort. Und umgekehrt ist das Konzentrationslager Sachsenhausen hier in Oranienburg zwar auch ein Ort der Täter, aber natürlich stehen hier die Opfer im Vordergrund. So gesehen ist das nicht falsch.

Ändert das etwas an Ihrer konkreten Arbeit?

Ja, sehr viel. Das fängt inhaltlich an: Am Obersalzberg haben Sie solche Themen wie die Diskrepanz zwischen der wahnsinnig schönen Natur und den Massenverbrechen, die dort geplant und entschieden wurden, da geht es um propagandistische Inszenierung einer Herrscherclique. Hier haben Sie dagegen einen Ort, an dem Sie die Geschichte